

Politischer Newsletter 2/2015

Parlament

Die Frühlingssession 2015 dauerte vom 2. bis am 20. März. Vom 4. bis am 7. Mai hielt der Nationalrat zudem eine Sondersession ab.

Die bevorstehende Sommersession 2015 findet vom 1. bis am 19. Juni statt.

Neuer Vorstoss: «Zukunft Gesundheitsversorgung für besonders verletzte Bevölkerungsgruppen»

Die Gesundheitsstrategie «Gesundheit 2020» des Bundesrates sieht verschiedene Massnahmen vor, die auf die Defizite in der Gesundheitsversorgung vulnerabler Bevölkerungsgruppen fokussieren. Dazu gehören Massnahmen, welche den chancengleichen Zugang zum Gesundheitssystem fördern, insbesondere für Bewohnerinnen und Bewohner mit Migrationshintergrund sowie für Frauen und Kinder. Das nationale Programm Migration und Gesundheit läuft Ende 2017 aus. Yvonne Gilli (Grüne / SG) ersucht den Bundesrat in ihrer Interpellation um Antworten auf folgende Fragen: 1. Welche Massnahmen des Programms Migration und Gesundheit sind bereits dauerhaft verankert und finanziell abgesichert? 2. Ist davon auszugehen, dass das nationale Programm Migration und Gesundheit verlängert wird? 3. Welche erkennbaren und zukünftig notwendige Handlungsfelder ergeben sich aus der Evaluation der aktuell laufenden Programme in Bezug auf eine nachhaltige Wirkung, respektive Verbesserung der Gesundheit vulnerabler Bevölkerungsgruppen über das Jahr 2017 hinaus? 4. In welcher Form soll das Thema Migration und Gesundheit innerhalb des BAG weitergeführt werden? 5. Wie beurteilt er die Herausforderung, welche die interdepartementale und interdisziplinäre Zusammenarbeit darstellt? Welche Massnahmen sichern das zukünftige Engagement der benötigten Partner und Partnerorganisationen und deren Vernetzung?

Die Antwort des Bundesrates steht noch aus.

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20153481

Neuer Vorstoss: «Jugendschutzprogramme»

Die nationalen Programme «Jugend und Gewalt» sowie «Jugend und Medien» sind bis Dezember 2015 befristet, die Sachkredite inklusive Personalressourcen laufen zu diesem Zeitpunkt aus. In ihrer Anfrage weist Viola Amherd (CVP / VS) auf drohenden Know-how-Verlust (Programmmitarbeitende müssen das BSV verlassen) und die Gefahr fehlender Nachhaltigkeit der getätigten Investitionen, eine Einbusse an Glaubwürdigkeit als Partner und des Groundings der Informations- und Austauschinstrumente (Websites, Broschüren, IT-Tools) hin. Sie stellt dem Bundesrat diesbezüglich folgende Fragen: 1. Wann werden die abgeschlossenen Studien veröffentlicht? 2. Wann entscheidet der Bundesrat, welche Massnahmen er auf der Grundlage der wissenschaftlichen Studien konkret realisiert? 3. Wie stellt er den nahtlosen Anschluss der künftigen Aktivitäten nach dem 31. Dezember 2015 und damit die Nachhaltigkeit der vom Bund, den Kantonen, Städten und Gemeinden sowie der Branche investierten Mittel sicher? 4. Welche Schritte unternimmt er, um die weiteren angesprochenen Risiken zu minimieren? 5. Wie verhindert er Lücken, die bei einer erst später wieder einsetzenden Unterstützung zu vermeidbaren und zusätzlichen Wiederaufbaukosten führen würden?

Die Antwort des Bundesrates steht noch aus (vgl. dazu aber den Eintrag «Zukünftige Ausgestaltung des Kinder- und Jugendmedienschutzes» unter der Rubrik «Bundesrat»).

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20151024

Neuer Vorstoss: «Die Drogenhanf-Messe Cannatrade muss verboten werden»

Verena Herzog (SVP / TG) möchte den Bundesrat mittels einer Motion beauftragen, die Hanf-Messe «Cannatrade», die gemäss Motionstext explizit den Verkauf von Energieschleudern für den Indoor-Drogenhanf-Anbau und von Gerätschaften für den Anbau von illegalem Drogenhanf vorsieht, zu verbieten.

Der Bundesrat hat zur Motion noch nicht Stellung genommen.

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20153346

Neuer Vorstoss: «Zweifel an der Wirksamkeit und der Opportunität von Massnahmen nach den Artikeln 19 und 20 des KVG»

Alex Kuprecht (SVP / SZ) ersuchte den Bundesrat in seiner Interpellation, zu folgenden Fragen Stellung zu beziehen: 1. Verfügt er über gänzlich unabhängige Erkenntnisse darüber, dass die prämierten finanzierten Massnahmen von Gesundheitsförderung Schweiz ausreichend wirksam sind und sich dämpfend auf die Entwicklung der Kosten der sozialen Krankenversicherung auswirken? Wenn ja, wie lauten diese Erkenntnisse? 2. Ist das zuständige Departement bereit, eine unabhängige Studie zu veranlassen, welche Auskunft gibt über die Effektivität und Effizienz der Massnahmen, die nach Artikel 20 KVG finanziert werden? 3. Ist das zuständige Departement im Grundsatz gewillt, einer Erhöhung der Abgabe zuzustimmen, sobald die Dokumente und Umsetzungsvorschläge zur «Strategie Prävention nichtübertragbarer Krankheiten» und «Dialogprojekt Psychische Gesundheit» vorliegen? Wenn ja: Wie will das EDI seine Zustimmung zur Erhöhung zu Lasten der Prämienzahler rechtfertigen?

Die Antwort des Bundesrates steht noch aus.

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20153216

Neuer Vorstoss: «Cannabispräventionskampagne als wichtiger Beitrag zur Gesundheitsförderung»

Andrea Martina Geissbühler (SVP / BE) will den Bundesrat mit ihrer Motion beauftragen, eine Cannabispräventionskampagne zu lancieren analog der Kampagnen in den Bereichen Alkohol am Steuer und Tabak.

Der Bundesrat hat zur Motion noch nicht Stellung genommen.

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20153143

Beantworteter Vorstoss: «Tabakproduktegesetz. Wie lassen sich derart viele Einschränkungen begründen?»

Der Prozentsatz der Raucherinnen und Raucher ist gemäss BAG von 2001 bis 2013 von 33 Prozent auf 25 Prozent gesunken. Raymond Clottu (SVP / NE) stellt fest, dass die bestehenden Massnahmen

zum Schutz der Gesundheit ihre Ziele vollständig erreichen und dass für den Kampf gegen den Tabakkonsum gleichwohl zusätzliche 9 Millionen Franken eingesetzt werden sollen. Er stellt dem Bundesrat in den Fragestunde dazu folgende Frage: Wie begründet der Bundesrat vor diesem Hintergrund den Entscheid, im Vorentwurf zum neuen Tabakproduktegesetz derart viele neue und unverhältnismässige Einschränkungen vorzusehen, die in erster Linie die Wirtschaftsfreiheit der betroffenen Branche beschneiden?

Der Bundesrat hat die Frage am 9. März 2015 beantwortet.

-> Antwort des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20155098

Beantworteter Vorstoss: «BAG. Auffälliges Personalwachstum» und «BAG. Explosionsartiges Personalwachstum»

Sylvia Flückiger-Bäni (SVP / AG) und Sebastian Frehner (SVP / BS) wollten vom Bundesrat im Rahmen der Fragestunde wissen, wie der Anstieg der Personalkosten beim BAG um 40 Prozent in den letzten sieben Jahren bzw. das Personalwachstum beim BAG um 70 Stellen zwischen 2007 und 2013 zu erklären sei.

Der Bundesrat hat die Fragen am 16. März gemeinsam beantwortet. Er verweist in seiner Antwort auf verschiedene zusätzliche Aufgaben, die dem BAG von Parlament und Regierung zugewiesen worden sind. Zu den genannten Aufgaben gehören unter anderen die Revision des Betäubungsmittelgesetzes und die Erarbeitung des nationalen Tabakpräventionsprogrammes.

-> Antwort des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20155174 und

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20155119

Beantworteter Vorstoss: «Brauchen die Rätoromanen keine Tabakprävention?»

Das BAG unterstützt über den Tabakpräventionsfonds die von der Krebsliga betriebene Rauchstopplinie. Diese soll Raucherinnen und Raucher, die aufhören möchten, beraten und informieren. Anrufe werden auf Deutsch, Französisch, Italienisch, Englisch, Albanisch, Serbisch, Kroatisch, Bosnisch, Spanisch, Türkisch und Portugiesisch entgegengenommen. Auch gibt es eine Broschüre dazu. Martin Candinas (CVP / GR) stellte dem Bundesrat in der Fragestunde die Frage, weshalb für die Rätoromanen bei dieser Sprachenvielfalt kein Angebot in ihrer Muttersprache zur Verfügung stehe.

Der Bundesrat hat die Frage am 16. März 2015 beantwortet.

-> Antwort des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20155153

Beantworteter Vorstoss: «Tabakproduktegesetz und neue Produkte. Bessere Ausstattung der Eidgenössische Kommission für Tabakprävention»

Die Gesamterneuerungswahlen für die EKTP werden zeitlich mit den Verhandlungen über das neue Tabakproduktegesetz zusammenfallen. Bei Letzterem geht es um eine gesetzliche Grundlage nicht nur für traditionelle Tabakprodukte, sondern auch für neue Produkte mit oder ohne Tabak (z.B. elektronische Zigaretten mit Nikotin und Produkte mit Tabakerhitzung).

In diesem Zusammenhang bittet Céline Amaudruz (SVP / GE) den Bundesrat in ihrer Interpellation um Stellungnahme zu den folgenden Fragen: 1. Mit welchen neuen Kompetenzen muss die EKTP nach Ansicht des Bundesrates im Rahmen ihrer Gesamterneuerung ausgestattet werden, damit sie ihn zu den neuen Produkten (z.B. elektronische Zigaretten) und zur Problematik der Verminderung von Gesundheitsrisiken für Raucherinnen und Raucher in Zukunft effizient beraten kann? 2. Wie und von wem werden die Kriterien bei der Wahl in die EKTP und die dabei verlangten Berufsprofile bestimmt? Wer geht auf die potenziellen EKTP-Mitglieder zu? 3. Ist der Bundesrat auch offen für externe Empfehlungen für Bewerberinnen und Bewerber für die EKTP? Falls ja, in welcher Form und von welchen Instanzen? 4. Warum hat der Bundesrat bei den letzten Ersatzwahlen nicht die Gelegenheit genutzt, Mitglieder mit ergänzenden Kenntnissen über die neuen Produkte zu wählen? 5. Welche Wichtigkeit misst der Bundesrat der Problematik der Reduktion von Gesundheitsrisiken bei, die mit den neuen Produkten für Raucherinnen und Raucher verbunden sind? Wie will er dieses Problem angehen, etwa im Zusammenhang mit der Diskussion über das neue Tabakproduktegesetz? 6. Ist nach Ansicht des Bundesrates im Rahmen dieser Diskussionen die Reduktion von Gesundheitsrisiken ein Präventionsmittel, das die EKTP besser berücksichtigen sollte?

Der Bundesrat hat die Interpellation am 8. Mai 2015 beantwortet.

-> Antwort des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20153043

Beantworteter Vorstoss: «Abteilung Alkohol und Tabak. Quo vadis?»

Am 24. November 2014 hat der Bundesrat über den Entscheid orientiert, die Nachfolgeorganisation der Eidgenössischen Alkoholverwaltung (EAV) in Delémont anzusiedeln. Von diesem Entscheid ebenfalls betroffen ist der Vollzug des Bier- und des Tabaksteuergesetzes. Maria Bernasconi (SP / GE) stellte dem Bundesrat in ihrer Interpellation folgende Fragen: 1. Was gedenkt er nebst den Massnahmen des Bundespersonalgesetzes zu unternehmen, um die betroffenen Angestellten der EAV wie der Zollsektion Bier und Tabak zu unterstützen? 2. Können die Personen, die weniger als 4 Stunden Arbeitsweg haben und nach Delémont gehen müssen in Zukunft ihre Reisezeit als Arbeitszeit geltend machen? 3. Wie verhält es sich mit Mitarbeitenden, die über 60 Jahre alt sind und kurz vor ihrer Pensionierung stehen? 4. Was geschieht mit den Mitarbeitenden, die einen Arbeitsweg von über 4 Stunden hätten? Behalten diese eine Stelle in Bern? 5. Ist es angedacht direkte Züge von Bern nach Delémont zu führen, damit die Mitarbeitenden in den Zügen arbeiten können nicht mit Umsteigen in Biel Zeit verlieren und somit die Reisezeit verkürzt wird?

Der Bundesrat hat die Interpellation am 18. Februar beantwortet.

-> Antwort des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20144182

Am 20. März 2015 wurde die Interpellation im Nationalrat behandelt und ist nun erledigt.

Beantworteter Vorstoss: «Umsiedlung der Nachfolgeorganisation der Eidgenössischen Alkoholverwaltung von Bern nach Delsberg»

Das Eidgenössische Finanzdepartement hat beschlossen, die Nachfolgeorganisation der Eidgenössischen Alkoholverwaltung ab 2017 von Bern nach Delsberg im Kanton Jura umzusiedeln. Alexander Tschäppät (SP / BE) bittet den Bundesrat in seiner Interpellation um die Beantwortung folgender Fragen: 1. Welche Bedeutung misst er der «Hauptstadtregion Schweiz» in ihrer Funktion als nationales Polit- und Verwaltungszentrum bei? 2. Ist die Umsiedlung der Nachfolgeorganisation der

Alkoholverwaltung nach Delsberg ein Einzelfall? Oder sind weitere dezentrale Ansiedlungen von Bundesstellen geplant? 3. Die Ansiedlung von Bundesstellen ausserhalb der «Hauptstadtregion Schweiz» schwächt die Leistungsfähigkeit und Effizienz der Bundesverwaltung, ohne dass Randregionen nachhaltig gestärkt werden. Teilt der Bundesrat diese Ansicht? 4. In der heutigen globalisierten Welt sind die Staaten auf eine hochkompetente Verwaltung angewiesen, wollen sie im internationalen Wettbewerb bestehen. Teilt er die Ansicht, dass es vor diesem Hintergrund sinnvoll ist, die Bundesverwaltung in der «Hauptstadtregion Schweiz» zu konzentrieren und damit ähnlich wie in der Wirtschaft einen Verwaltungscluster zu bilden? 5. Welchen Beitrag könnte der Bund nach Ansicht der Landesregierung leisten, um die Position der «Hauptstadtregion Schweiz» als Zentrum für Politik und Verwaltung zu stärken?

Der Bundesrat hat die Interpellation am 18. Februar 2015 beantwortet.

-> Antwort des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20144109

Am 20. März 2015 wurde die Interpellation im Nationalrat behandelt und ist nun erledigt.

Beantworteter Vorstoss: «Cannabis für Schwerkranke»

Margrit Kessler (GLP / SG) beauftragt den Bundesrat in ihrer Motion, gestützt auf Artikel 8 Absatz 5 BetmG im Rahmen eines wissenschaftlichen Pilotprojektes zu prüfen, ob und unter welchen Umständen zu medizinischen Zwecken natürlicher Cannabis als Alternative zu synthetisiertem Cannabis oder mittels Magistralrezeptur hergestellter Cannabistinktur verwendet werden kann, wie dies z. B. in den Niederlanden der Fall ist. Damit soll untersucht werden, ob eine Zulassung solcher Cannabismedikamente für Patientinnen und Patienten mit schwerwiegenden Krankheitsbildern wie z.B. multipler Sklerose, Parkinson, ALS, Aids und schwere Krebsleiden, sowie bei chronischen Schmerzen, arthritischen und rheumatischen Erkrankungen möglich ist.

Der Bundesrat hat am 22. Februar 2015 zur Motion Stellung genommen. Er beantragt deren Annahme.

-> Stellungnahme des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20144164

Die Motion wurde am 20. März im Nationalrat bekämpft, die Diskussion wurde verschoben.

Beantworteter Vorstoss: «Kampf gegen Zigarettschmuggel sowie illegales Herstellen und Fälschen von Tabakprodukten. Unabhängiges Kontrollsystem»

Hans Stöckli (SP / BE) lud den Bundesrat in seiner Interpellation ein, eine Reihe von Fragen zu einem tabakindustrieunabhängigen Rückverfolgbarkeitssystem zu beantworten.

Der Bundesrat hat die Interpellation am 11. Februar 2015 beantwortet.

-> Antwort des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20144145

Die Interpellation wurde am 11. März im Ständerat behandelt und ist nun erledigt.

Beantworteter Vorstoss: «Ritalinkonsum in der Schweiz. Die Rüge der Uno ernst nehmen!»

Yvette Estermann (SVP / LU) beauftragt den Bundesrat in ihrer Motion Massnahmen zu ergreifen, um die Empfehlungen der UNO betreffend Ritalinkonsum bei Kindern und Jugendlichen in der Schweiz umzusetzen und dessen Konsum einzuschränken.

Der Bundesrat hat am 8. Mai 2015 zur Motion Stellung genommen und beantragt deren Ablehnung.

-> Stellungnahme des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20153146

Beantworteter Vorstoss: «Studie zur Ritalinabgabe»

Oskar Freysinger (SVP / VS) beauftragt den Bundesrat in seiner Motion, die Studie zur Ritalinproblematik, auf die sich der Bundesrat in seiner Stellungnahme zur Motion «Verschreibung von Ritalin» der SGK-NR beruft (s. weiter unten), unverzüglich zu veröffentlichen oder zumindest den Parlamentarierinnen und Parlamentariern zugänglich zu machen.

Der Bundesrat hat am 8. Mai 2015 zur Motion Stellung genommen und beantragt deren Ablehnung.

-> Stellungnahme des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20153145

Beantworteter Vorstoss: «Selbst- und Körperbild von Jugendlichen. Lancierung von Programmen»

Yvonne Feri (SP / AG) bittet den Bundesrat in ihrem Postulat zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie Jugendliche in ihrem Selbst- und Körperbild, beispielsweise mit geeigneten Interventionsangeboten (Beratungsangebote, auch niederschwellig), bestärkt werden können.

Der Bundesrat hat am 15. Mai 2015 zum Postulat Stellung genommen. Er beantragt die Ablehnung des Postulats.

-> Stellungnahme des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20153155

Kommissionen

Alkohol: «Alkoholgesetz. Totalrevision»

Die Totalrevision des Alkoholgesetzes befindet sich weiterhin in der Differenzbereinigung.

In ihrer Sitzung vom 11./12. Mai 2015 hat die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates (WAK-N) mit 13 zu 11 Stimmen beschlossen, auf ihren Beschluss vom 14. April 2015 zu den Differenzen zurückzukommen. Dies deshalb, weil das damals knapp beschlossene Konzept der Ausbeutebesteuerung im Ständerat zuvor bereits klar abgelehnt worden war. Eine knappe Mehrheit (13 zu 12 Stimmen) der Kommission will deshalb dem Nationalrat ein Alternativkonzept unterbreiten: Demnach sollen eine Fehlmengenregelung, eine 30%-ige Steuerreduktion für kleine Hersteller und Brennauftraggeber mit einer Jahresproduktion bis max. 1000 Liter reinem Alkohol (LrA) sowie ausserfiskalische Fördermassnahmen für die inländische Branche eingeführt werden. Dabei sollen die

Produktionsmengen von verschiedenen Steuerpflichtigen, die rechtlich oder wirtschaftlich miteinander verbunden sind, nicht zusammengerechnet werden. Laut WAK-N könnten damit auch mittlere und grössere Betriebe von dieser Steuerreduktion profitieren. Die Erarbeitung eines Alternativkonzepts hatte die WAK-N bei der Verwaltung in Auftrag gegeben, nachdem das System der Ausbeutebesteuerung im Ständerat vor allem aus Gründen der fehlenden Verfassungsmässigkeit keine Mehrheit gefunden hatte. Mit 15 zu 10 Stimmen hat sich die WAK-N ferner für einen Steuersatz von 32 Franken pro LrA ausgesprochen, um damit die drohenden Steuerausfälle zumindest teilweise zu kompensieren. Eine Minderheit beantragt 29 Franken pro LrA und somit Zustimmung zum Ständerat.

Die vorberatende Kommission des Ständerates (WAK-S) hat am 19. Mai 2015 mit 7 zu 1 Stimmen bei 1 Enthaltung dem Rückkommensantrag ihrer Schwesterkommission zugestimmt und ermöglicht damit, dass die WAK-N den Antrag für das Alternativkonzept als Ersatz zur Ausbeutebesteuerung im Nationalrat einbringt.

Das Geschäft ist für die Sitzung des Nationalrats vom 3. Juni 2015 traktandiert. Gegebenenfalls wird sich der Ständerat daraufhin an seiner Sitzung vom 8. Juni mit dem Geschäft befassen.

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20120020

Alkohol: Motion «Gleiche Promillegrenze für Milizfeuerwehren und nicht diensthabendes Personal bei Rettungseinsätzen wie für alle anderen Automobilisten»

Bernhard Guhl (BDP / AG) beauftragte den Bundesrat in seiner Motion, in der Verkehrsregelnverordnung festzulegen, dass der Transport von Personen und Materialien durch Rettungsdienste bei Rettungseinsätzen nicht unter die Transporte subsumiert wird, für die das strengere Verbot des Fahrens unter Alkoholeinfluss (0,1 Promille) gilt. Dies soll für Feuerwehreinätze einer Milizfeuerwehr oder für Rettungseinsätze gelten, bei welchen aufgrund der Grösse des Ereignisses nicht-diensthabendes Personal aufgeboden werden muss.

Der Nationalrat hat die Motion am 12. Dezember 2014 angenommen. Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Ständerats (KVF-S) hat den Vorstoss am 9. Februar einstimmig zur Annahme empfohlen, worauf der Ständerat der Motion am 16. März 2015 ebenfalls zugestimmt und diese damit zur Umsetzung an den Bundesrat überwiesen hat.

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20143876

Alkohol: Motion «Einsätze von Blaulichtorganisationen. Optimierung der Strassenverkehrssetzung»

Die Motion von Max Chopard-Acklin (SP / AG) verfolgt eine ähnliche Zielsetzung wie die oben genannte Motion «Gleiche Promillegrenze für Milizfeuerwehren und nicht diensthabendes Personal bei Rettungseinsätzen wie für alle anderen Automobilisten» von Bernhard Guhl (BDP / AG). Dem Vorstoss von Max Chopard-Acklin hat der Nationalrat am 12. Dezember 2014 zugestimmt. In ihrer Sitzung vom 9. Mai 2015 hat die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Ständerats (KVF-S) die Behandlung dieser Motion vorläufig ausgesetzt, da der Bundesrat das Anliegen im Rahmen der Revision des Zollgesetzes aufnehmen will.

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/Seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20143800

Alkohol: Standesinitiativen «Änderung der Weineinfuhrkontingente und deren Verteilung»

Die Kantone Genf und Wallis ersuchen die Bundesversammlung in ihren beiden Standesinitiativen um Folgendes: 1. bei der Welthandelsorganisation (WTO) die Eröffnung von Verhandlungen hinsichtlich der Anpassung des Zollkontingents für Rot- und Weissweine an die Konsumententwicklung zu beantragen; 2. eine Verteilung des Zollkontingents gemäss Artikel 22 Absatz 2 Buchstabe b des Bundesgesetzes über die Landwirtschaft, also «nach Massgabe der Inlandleistung», vorzunehmen.

Der Ständerat hat den Standesinitiativen am 11. Dezember 2014 keine Folge geleistet. Auf Empfehlung seiner vorberatenden Kommission (WAK-N) hat der Nationalrat in seiner Sitzung vom 20. März 2015 ebenfalls entschieden, den beiden Initiativen keine Folge zu geben. Damit ist das Geschäft nun erledigt.

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20140318 und http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20140312

Medikamente: Motion «Verschreibung von Ritalin»

Die Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-N) beauftragte den Bundesrat, im Rahmen der Umsetzung des Betäubungsmittelgesetzes dafür zu sorgen, dass Ritalin nur dann verschrieben wird, wenn es wirksam, zweckmässig und wirtschaftlich ist sowie im Rahmen einer umfassenden Therapie oder Behandlung verabreicht wird.

Der Bundesrat hat am 22. Mai 2013 zum Geschäft Stellung genommen und die Ablehnung der Motion beantragt. Am 13. Juni 2013 hat der Nationalrat die Motion angenommen. Demgegenüber hat der Ständerat die Motion am 17. März 2015 auf einstimmigen Antrag seiner vorberatenden Kommission (SGK-S) abgelehnt. Damit ist das Geschäft nun erledigt.

Am 17. März 2015 wurden im Nationalrat zwei neue Motionen zum Thema Ritalin eingereicht, die teilweise dasselbe Anliegen wieder aufnehmen (vgl. dazu Motion Estermann «Ritalinkonsum in der Schweiz. Die Rüge der UNO ernst nehmen!» und Motion Freysinger «Studie zur Ritalinabgabe» unter der Rubrik «Parlament»).

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20133013

Snus: Parlamentarische Initiative «Gesetzliche Rahmenbedingungen für den Vertrieb von Snus schaffen»

Ohne Gegenstimme hat die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-N) am 13. August 2014 der Parlamentarischen Initiative «Gesetzliche Rahmenbedingungen für den Vertrieb von Snus schaffen» von Lukas Reimann (SVP / SG) Folge gegeben. Die Initiative fordert eine Änderung der gesetzlichen Grundlagen, damit Snus mit anderen Tabakprodukten wie Schnupf- und Kautabak gleichgestellt wird. Am 11. Februar 2015 sprach sich die Schwesterkommission (SGK-S) des Ständerates dagegen aus, dem Geschäft Folge zu geben. Die Parlamentarische Initiative geht somit zurück an die SGK-N, die sich an ihren Sitzungen vom 28./29. Mai 2015 erneut damit befasst.

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20130438

Alkohol: Parlamentarische Initiative «Komatrinker sollen Aufenthalte im Spital und in Ausnüchterungszellen selber bezahlen»

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-N) hat in ihren Sitzungen vom 15./16./17. April 2015 die Ergebnisse der Vernehmlassung zur Umsetzung der Parlamentarischen Initiative «Komatrinker sollen Aufenthalte im Spital und in Ausnüchterungszellen selber bezahlen» von Toni Bortoluzzi (SVP / ZH) beraten. Trotz des grossen Widerstandes der Organisationen, die sich an der Vernehmlassung beteiligt hatten, hält die Kommission an ihrer Vorlage fest und überweist sie mit 13 zu 11 Stimmen bei 1 Enthaltung unverändert an ihren Rat und gleichzeitig an den Bundesrat zur Stellungnahme.

Die Mehrheit der Kommission unterstreicht die Bedeutung des Grundziels ihrer Vorlage, nämlich die Stärkung der Eigenverantwortung der versicherten Personen auch im Bereich der obligatorischen Krankenpflegeversicherung. Die Vorlage geht davon aus, dass Personen, die so viel Alkohol konsumieren, dass sie deswegen eine medizinische Behandlung benötigen, diese grundsätzlich selber verschuldet haben. Deshalb sollen sie – und nicht die Versichertengemeinschaft – ihre Behandlungskosten nach Auffassung der Kommissionsmehrheit auch selber bezahlen. Die Vorlage sieht eine rechtliche Unterscheidung zwischen Verschulden und Krankheit (Alkoholabhängigkeit) vor.

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20100431

Bundesrat

Alkohol: «Evaluation der Kostendeckung von Ausnüchterungszellen»

Am 1. April 2015 hat der Bundesrat den Bericht «Evaluation der Kostendeckung von Ausnüchterungszellen» vorgelegt. Darin hält er fest, dass die Kantone den Begriff Ausnüchterungszellen unterschiedlich verwenden und deren Betrieb sehr unterschiedlich organisiert und geregelt haben. Aufgrund dessen sieht sich der Bundesrat nicht im Stande aufzuzeigen, wie die Forderung nach Deckung der Kosten der Ausnüchterungszellen durch die Verursacherinnen und Versursacher am sinnvollsten und effizientesten erreicht werden kann. Dementsprechend sieht der Bundesrat auf Bundesebene keinen Koordinations- und Handlungsbedarf.

Mit dem Bericht hat der Bundesrat ein Postulat der Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-N) erfüllt, welches diese anlässlich der Behandlung der Parlamentarischen Initiative Bortoluzzi «Komatrinker sollen Aufenthalte im Spital und in Ausnüchterungszellen selber bezahlen» eingereicht hatte. Das Postulat wurde am 10. März 2014 vom Nationalrat angenommen und beauftragte den Bundesrat, aufgrund der in einigen Kantonen gemachten Erfahrungen aufzuzeigen, mit welchen Mitteln und auf welcher Rechtsebene die Forderung nach Deckung der Kosten der Ausnüchterungszelle durch die Verursacher erreicht werden kann.

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20134007

Kindesschutz: «Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches»

Der Bundesrat will die Meldepflichten bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdungen auf berufliche Fachpersonen ausdehnen und so den Kindesschutz stärken. Er hat dazu am 15. April 2015 von den Vernehmlassungsergebnissen Kenntnis genommen und die Botschaft für eine entsprechende Änderung des Zivilgesetzbuches verabschiedet.

Bereits heute haben Personen in amtlicher Tätigkeit (etwa Lehrpersonen oder Sozialarbeitende) die Pflicht, bei Verdacht auf eine Kindeswohlgefährdung Meldung an die Kindesschutzbehörde (KESB) zu erstatten. Neu soll die Meldepflicht für alle Fachpersonen gelten, die beruflich regelmässig mit Kindern Kontakt haben und deshalb eine besondere Beziehung zu ihnen pflegen. Zu denken ist etwa an Fachpersonen aus den Bereichen Betreuung, Bildung, Religion oder Sport. Mit diesem Vorschlag erfüllt der Bundesrat den Auftrag der Motion Aubert «Schutz des Kindes vor Misshandlung und sexuellem Missbrauch».

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20150033

-> Ergebnisse der Vernehmlassung:

https://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/documents/2366/ZBG-Kindesschutz-Ergebnisbericht_de.pdf

Elektronische Medien: «Zukünftige Ausgestaltung des Kinder- und Jugendmedienschutzes»

Am 13. Mai 2015 hat der Bundesrat seinen Bericht zur zukünftigen Ausgestaltung des Kinder- und Jugendmedienschutzes der Schweiz vorgelegt. Dies in Erfüllung der Motion Bischofberger «Effektivität und Effizienz im Bereich Jugendmedienschutz und Bekämpfung von Internetkriminalität». Der Bundesrat hält fest, dass sich die ergriffenen Unterstützungsmassnahmen im erzieherischen Kinder- und Jugendmedienschutz bewährt haben und nach Ablauf des Programms Jugend und Medien nahtlos weitergeführt werden sollen. Ebenso sollen die bereits im Rahmen des Programms etablierten Zusammenarbeitsstrukturen zwischen den betroffenen Bundesstellen, den Kantonen und Branchenverbänden im Bereich Regulierung auf freiwilliger Basis weitergeführt werden. In diesem Zusammenhang will der Bundesrat auch das Monitoring der Entwicklungs- und Nutzungstrends sowie von aktuellen Problemlagen und Herausforderungen weiterführen. Einen entsprechenden Auftrag erteilt der Bundesrat mit Verabschiedung des Berichtes an das Eidgenössische Departement des Innern (BSV).

-> Details: <https://www.news.admin.ch/message/index.html?lang=de&msg-id=57226>

Vernehmlassungen

Alkohol: Parlamentarische Initiative «Komatrinker sollen Aufenthalte im Spital und in Ausnüchterungszellen selber bezahlen»

Die Vernehmlassung für den Gesetzesentwurf zur Parlamentarischen Initiative Bortoluzzi «Komatrinker sollen Aufenthalte im Spital und in Ausnüchterungszellen selber bezahlen» lief vom 4. Juli 2014 bis am 31. Oktober 2014. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats (SGK-N) hat am 17. April 2015 den Ergebnisbericht veröffentlicht (vgl. dazu auch Parlamentarische Initiative Bortoluzzi «Komatrinker sollen Aufenthalte im Spital und in Ausnüchterungszellen selber bezahlen» unter der Rubrik «Kommissionen»).

Eine grosse Mehrheit der teilnehmenden Kantone, Verbände und Organisationen, darunter der Fachverband Sucht, lehnt die vorgeschlagene Änderung des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) ab. Zustimmend äussern sich der Kanton Thurgau sowie die Parteien BDP, FDP, SVP, JSVP. Sie führen folgende Argumente an: Entwicklung der Gesundheitskosten, Stärkung der Eigenverantwortung, punktuelle Einschränkung des Solidaritätsprinzips zugunsten präventiver Wirkung, Einführung der Verschuldensfrage wie in anderen Sozialversicherungen. Gegen den Entwurf werden unter anderem folgende Argumente geäussert: ungeklärte finanzielle Auswirkungen, Befürchtung von Mehrkosten statt Einsparungen, nicht erwiesene Wirksamkeit, eingeschränkte Möglichkeit der Früherkennung und Frühintervention, grundsätzlicher Systemwechsel weg vom Solidaritätsprinzip in der Krankenversicherung.

Das Geschäft wurde nun dem Bundesrat zur Stellungnahme übergeben und geht anschliessend in die parlamentarische Phase.

-> Details:

<http://www.parlament.ch/d/dokumentation/berichte/vernehmlassungen/10-431/Seiten/default.aspx>

«Nationale Strategie Sucht»

Mit der Agenda «Gesundheit2020» will der Bundesrat in Zukunft die Gesundheitsförderung und Krankheitsvorbeugung intensivieren. Das BAG wurde damit beauftragt, gemeinsam mit seinen Partnern eine Nationale Strategie Sucht zu entwickeln. Anstelle von Einzelprogrammen etwa für Alkohol oder Tabak soll neu eine nationale Vorgehensweise für alle Abhängigkeiten treten. Dies unter anderem mit dem Ziel, eine bessere Koordination unter den beteiligten Akteuren, eine Stärkung der Früherkennung und bessere Möglichkeiten zu erreichen, um auf neue Herausforderungen wie etwa Online-Geldspiele reagieren zu können.

Am 12. Mai 2015 hat das BAG den Strategieentwurf vorgelegt und die öffentliche Anhörung dazu eröffnet. Die Anhörung dauert noch bis am 11. Juli 2015.

-> Details: <http://www.bag.admin.ch/sucht/>